

Protokoll über die Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 09.09.2013

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.,
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglieder:

Nils Christahl

Peter Geis

Dennis Klingenberg

Gabriele Kröger-Schurr

Anke Krohne

Alex Schupp

Ralf Schwarz

Helma Stitz

Hans-Gerd Thormeier

Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Heiner Böcker

Sascha Humpe

Grete Klinkmüller

Karen Nieschlag

Andreas Pfaff

Eike Schurr

Gäste

Thomas Katzke, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat Abfallwirtschaft

Uwe Kröger, Polizei Blumenthal

Ortsamtsleiter (OAL) Peter Nowack

Verwaltungsbeamtin (Protokoll) Heike Rohde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung

OAL Nowack eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu TOP 8 der Tagesordnung schlägt er vor, die Anträge h, j und k gemeinsam aufzurufen, da diese inhaltlich ein Thema behandelten.

Dem wird einstimmig zugestimmt und die Tagesordnung wie folgt abgehandelt:

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 12.08.2013
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
4. (19:25 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. "Modellvorhaben "Roma-Integration in Blumenthal"
6. (19:45 Uhr) Verlagerung der Recycling Station Farge
dazu: Vertreter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr
7. (20:30 Uhr) Beschlussfassungen
 - a. Stellungnahme zum Flächennutzungsplan – aus *Bauausschuss vom 26.08.2013*
8. (20:40 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. SPD – Anfrage Durchfahrtsverbot
 - b. Herr Klingenberg – Antrag zur Ampelanlage Schwaneweder Str. / Pürschweg
 - c. Die Linke – Antrag zur Weserpromenade
 - d. Die Linke – Antrag zu Skulpturen im Zentrum
 - e. CDU – Antrag zur Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes Blumenthal mit Änderungsantrag der SPD (aus Sitzung Bauausschuss)
 - f. Die Linke – Anfrage zur geplanten Erhöhung der Grundwasserentnahmemengen durch die swb
 - g. SPD – Tempolimit für Güterzüge auf der FVE
 - h. CDU – Antrag Stilllegung Tanklager
 - i. SPD und CDU – Dringlichkeitsantrag zur Trinkwassergewinnung
 - j. Bündnis 90 / Die Grünen – Änderungsantrag zum CDU-Antrag "Stilllegung Tanklager Farge"
 - k. SPD – Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag der Grünen zum CDU-Antrag "Stilllegung Tanklager"
9. (21:10 Uhr) Verschiedenes

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 12.08.2013

Es liegt ein Änderungsantrag zu TOP 1 von Frau Krohne vor.

Herr Schwarz erklärt, er habe den Änderungsantrag durchgelesen und beantragt, das Protokoll urschriftlich abzustimmen.

Frau Kröger-Schurr spricht dagegen.

Es folgt die Abstimmung über das Protokoll mit Änderung.

Ergebnis: 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Es folgt die Abstimmung über das Protokoll in seiner Urschrift.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Damit gilt das Protokoll als genehmigt.

TOP 3: Mitteilungen**a. aus dem Ortsamt****b. des Beiratssprechers**

a. Herr Nowack teilt folgendes mit:

- Am 27. August 2013 fand der „Runde Tisch Moschee“ statt. Teilnehmer waren Vertreter der Anwohner, der Selimiye-Moschee, der Beiratsfraktionen und der Polizei. Folgende Übereinkunft wurde getroffen:

Das Frühlingsfest der Gemeinde wird auf drei Tage an einem gewöhnlichen Wochenende ohne christliche Feiertage begrenzt. Für dieses Fest gibt es keine Einschränkungen.

Zeitlich gelten folgende Begrenzungen:

Freitag 14 – 22 Uhr

Sonnabend 11 – 20 Uhr

Sonntag 11 – 19 Uhr

Das Polizeirevier wird entsprechende Unterstützung leisten.

- Am 30. August 2013 fand ein Gespräch aller Ortsamtsleiter mit der Sozialsenatorin Anja Stahmann statt. Thema war der hohe Druck auf alle Beteiligten, weil Bremen noch dringend Platz für 500 Flüchtlinge schaffen muss. Es ist immer noch nicht geplant, in Blumenthal eine Flüchtlingsunterkunft zu schaffen. Er habe aber angeboten, dass man unter bestimmten Umständen bereit wäre, sich an der humanitären Aufgabe zu beteiligen.

Frau Kröger-Schurr merkt dazu an, dass eine Absprache mit den Fraktionsspitzen zu dem Thema nicht stattgefunden habe und bittet, dies ins Protokoll aufzunehmen.

Frau Krohne erklärt ebenfalls, dass es keine Absprache mit den Fraktionsspitzen (jedenfalls nicht mit allen) gegeben habe und bittet ebenfalls um Aufnahme dieser Erklärung ins Protokoll.

- Der Senat hat beschlossen, von den bisherigen 43,39 Stellen für Schulsozialarbeit an 59 Schulen nunmehr befristet bis zum Ende des Schuljahr 2013/2014 30,5 Stellen an 39 Schulen aufrecht zu erhalten. Dabei geht es insbesondere um Schulen mit einem Sozialindikator von 5 und 4, und Schulen, die knapp unterhalb der 4 einsortiert sind. In Blumenthal sind dies die Grundschulen Wigmodistraße und Pürschweg (1 gemeinsam), Tami-Oelfken-Schule (1) sowie die Oberschule an der Lehmhorster Straße (1).

Herr Schwarz fordert, der Ortsamtsleiter möge gegen die Streichung der Schulsozialarbeiterstellen in den Schulen Sandwehen, Farge und Rönnebeck angehen. Es sollten alle Stellen erhalten bleiben, das Land Bremen hätte sich rechtzeitig um eine Finanzierung der Stellen bemühen müssen.

Herr Nowack erklärt, dass zu dem Thema die Entscheidungen getroffen seien und der Beirat allenfalls seine Meinung dazu kundtun könne. Dies wird seitens des Beirats einstimmig gewünscht.

- Der Senator für Gesundheit lädt für Montag, d. 14. Oktober zu einer Veranstaltung zum Thema „Ehrenamtlich Zeit schenken. Ihre Chance, Demenzerkrankte im

Krankenhaus zu unterstützen“ mit Dr. Henning Scherf ein. Details erfährt man im Ortsamt und auf der Homepage des Ortsamts Blumenthal.

- Zwei Studenten der Universität Bremen aus einem Integrationsseminar von Dr. Stefan Luft bitten um Ihre Mithilfe bei der Bewertung Ihres Schwerpunktthemas. Die Fragebögen liegen während der Sitzung aus und können in die Urne eingeworfen werden.
- Herr Nowack erinnert an die Bundestagswahl am 22. September 2013 und bittet die Bürger nachdrücklich, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.
- Die Herren Burkhard Meyer und Dennis Thamm werden für ihren lebensrettenden Einsatz während eines Fußballspieles des Blumenthaler SV, bei dem ein Zuschauer mit Herzstillstand zusammenbrach, zu "Blumenthalern des Monats" ausgezeichnet und von Herrn Nowack geehrt.

b.
Keine

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Klingenberg erinnert an die noch ausstehende Antwort zur Anfrage zum Sportplatz Pürschweg und an den Antrag zum Aufstellen von Müllbehältern am Bockhorner Teich. Herr Nowack erwidert, dass es zum Sportplatz Pürschweg eine Zwischenmitteilung gebe dahingehend, dass die Nutzung des Platzes zum Bolzen durch das Familienzentrum Bockhorn geduldet werde. Er informiert darüber, dass es inzwischen eine von über 200 Unterzeichnern unterschriebene Zuschrift an das Ortsamt gegeben habe mit der Forderung, einer evtl. Einrichtung einer Hundefreilauffläche auf dem Platz nicht zuzustimmen. Die Aufstellung von Müllbehältern am Bockhorner Teich wird für nächstes Jahr erhofft.

Frau Krohne erinnert erneut an das Verkehrsgutachten, für dessen Erstellung der Beirat einer Ausgabe von 25.000 € zugestimmt habe und das noch nicht vorliegt. Inzwischen bezweifelt sie, dass überhaupt ein Gutachten erstellt wurde. Weiter fragt sie nach dem Antrag zu Trinkwasseruntersuchungen, zu dem es noch keine Auskunft gebe.

Herr Nowack erwidert, dass er versuchen werde, Herrn Gotzen vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) zu dem Thema Verkehrsgutachten zu erreichen. Auch ihm sei nicht bekannt, in welcher Form die Verkehrserhebung gemacht wurde, ob als Gutachten oder als Verkehrszählung.

Zum Antrag nach den Trinkwasseruntersuchungen gibt es die Auskunft vom Gesundheitsamt Bremen, dass zurzeit an einer schriftlichen Antwort gearbeitet werde.

Frau Krohne meint, die Bremer Behörden sollten das Bremer Trinkwasser untersuchen. Sie findet es ignorant, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung ignoriert werden.

Herr Nowack erklärt, dass die Anregung natürlich wichtig sei, jede extra Untersuchung jedoch auch extra Kosten verursache und man deshalb die Verhältnismäßigkeit abwägen müsse.

Herr Schwarz meint, man könne eine Anfrage an die Stadtwerke Bremen (swb) stellen, ob das Trinkwasser auf Additive untersucht werde.

Frau Krohne erklärt, es sei nicht Aufgabe des Beirats, darüber nachzudenken, was bezahlt werden müsse. Laut der ihr bekannten Trinkwasserverordnung werde nicht nach Additiven gesucht.

Herr Nowack antwortet, es gebe eine gültige Trinkwasserverordnung mit Anforderung, wonach gesucht werden solle. Der Beirat könne niemanden zwingen, etwas anderes zu

untersuchen. Er schlägt vor, das Thema in den Fragenkatalog für die Sitzung mit Senator Lohse am 28. Oktober aufzunehmen.

Herr Schwarz bittet aufgrund eines im Koordinierungsausschusses (KO) besprochenen Schreibens einer Bürgerin amtsseitig Schilder am Fähranleger aufzustellen mit dem Hinweis, dass die Fütterung von Enten für diese gesundheitsschädlich sei und auch zur Folge habe, dass der vermehrte Aufenthalt von den Tieren die Sitzbänke stark verunreinigen würde.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung;

a. "Modellvorhaben "Roma-Integration in Blumenthal"

Im KO wurde der Vorschlag gemacht, den Bürgerantrag zurückzustellen, bis das Quartiersmanagement besetzt ist.

Dem Vorschlag wird zugestimmt und der Bürgerantrag damit vertagt.

TOP 6. Verlagerung der Recycling-Station Farge

dazu: Vertreter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr

Herr Katzke berichtet, dass es im Stadtgebiet dezentral verteilt zurzeit 15 Recycling-Stationen gebe mit 1,7 Millionen Kundenkontakten jährlich. Verarbeitet werden etwa 60.000 Tonnen Abfälle, die einem hochwertigen Recycling zugeführt werden.

Es sei eine Erhöhung auf 16 Stationen sowie weitere Nutzungen und sinnvolle Angebote für die Stationen geplant. Einige Stationen, auch Farge, sollen als zentrale Standorte mit ausgedehnter Angebotspalette ausgebaut werden (Beispiel: Sperrmüllabgabe, Abgabe von großen Elektrogeräten).

In Bremen-Nord gibt es zurzeit die Recycling-Stationen in Aumund, Farge und seit 2008 in Lesum, dort mit positiver Entwicklung.

Die Station Farge sei jedoch aufgrund starker Sanierungsbedürftigkeit und einer kombinierten Ein- und Ausfahrt ein Problem. Deswegen wird eine Verlagerung mit gleichzeitig erweiterter Angebotspalette angestrebt. Man erreiche damit auch eine Entlastung der Sperrmüllabfuhr und eine damit verbundene bessere Stadtsauberkeit.

Zurzeit werden mit dem Betreiberpartner Gespräche über Grundstücksmöglichkeiten geführt, eine Flächenfestsetzung sei noch nicht gemacht worden.

Möglicher Standort wäre die Fläche des jetzigen Tennis-Clubs. Bei der Suche nach einem Grundstück steht man aufgrund einer größeren Überprüfung durch den Rechnungshof unter erhöhtem Druck und hofft, bereits im kommenden Herbst an den Start gehen zu können.

Herr Christahl begrüßt die Möglichkeit, zukünftig Sperrmüll und Elektrogeräte abgeben zu können und fragt nach einer Abgabemöglichkeit für Bauschutt.

Herr Katzke antwortet, zurzeit gebe es 6 Standorte, bei denen diese Überlegung zur Erweiterung möglich sei. Für Blumenthal sei auf jeden Fall die Entsorgung großer Elektrogeräte geplant, in dem Bereich sei eine dezentrale Entsorgung wichtig.

Herr Thormeier fragt, wie groß die neue Anlage sein soll und wo sie errichtet werden soll.

Herr Katzke antwortet, im Visier seien die Ermlandstraße oder der Bereich "Heidlerchenstraße"/Am Knick. Es liegen aber noch keine Details zu Erschließungsmöglichkeiten vor. Auch über die Möglichkeit, die Fläche des Tennisvereins zu nutzen, werde beraten.

Herr Schwarz meint, für die Flächen an der Ermlandstraße gälten besondere Vorbedingungen und möchte wissen, wie lang die Zeitschiene bis zu einer Entscheidung sei.

Er stellt fest, dass die Recycling-Station Farge sehr gut ausgelastet sei und fragt nach der Möglichkeit, dort eine Außendependance z. B. für Gartenabfälle zu belassen.

Herr Katzke antwortet, die Nutzungsmöglichkeiten einer Fläche hingen auch von deren Zuschnitt ab, eine Vergrößerung auf 4- bis 6.000 Quadratmeter sollte auf jeden Fall möglich sein. Es sollte auch Platz für Hochleistungspressen für Sperrmüll da sein.

Am Zeithorizont ist geplant, dieses Jahr noch gemeinsame Flächenfestsetzungen zu treffen, um in 2014 Baugenehmigungen zu bekommen und eröffnen zu können.

Der jetzige Standort Farge liegt im Randlagegebiet. Es ist nicht geplant, eine abgespeckte Version weiter zu betreiben. Man bedenkt dabei auch die Fremdanlieferungsproblematik aus dem niedersächsischen Umland. Da die Stationen gebührenfinanziert seien, sollte der bisherige Standort geordnet im Sinne des Zahlers abgewickelt werden.

Herr Schwarz fragt nach, ob bei der Aufgabe des jetzigen Standortes die Gebäude etc. gleich mit abgebaut werden und eine gereinigte Fläche hinterlassen werde.

Herr Katzke erwidert, die Verwaltung obliege Immobilien Bremen, von daher läge dies in deren und dem Ermessen der Wirtschaftsförderung Bremen.

Herr Schupp vermisst bei der Aufzählung der Abfallstoffe die Kunststoffe, die nicht in den Gelben Sack gehören, wie z. B. alte Gießkannen etc.

Herr Katz gibt Herrn Schupp Recht und meint, es sei eine gute Fiktion, dies zukünftig anzunehmen. Eventuell könne ein Versuch in Blockland gestartet werden.

Frau Krohne fragt, inwieweit bei der Standortsuche auf verkehrstechnische Möglichkeiten geachtet werde. Sie merkt an, dass die Sperrmüllannahme ausschließlich ein Angebot für Autofahrer sei und Nichtautofahrer schlechter gestellt seien.

Herr Katzke verweist dazu auf die Sperrmüllanforderungskarte und dass eine Abholung wie bisher weiterhin möglich sein werde. Perspektivisch werde eventuell eine Abholung direkt aus den Häusern möglich sein, dies wäre dem demographischen Wandel geschuldet und man könne Verschmutzungen, die zurzeit bei der Lagerung am Straßenrand auftreten, vermeiden.

Ein Ausbau dahingehend sei also gewünscht, momentan jedoch personaltechnisch nicht möglich.

Die Verkehrsflüsse seien natürlich wichtig, gut wäre es, würden die Stationen über getrennte Ein- und Ausfahrten verfügen, um Begegnungsverkehr zu vermeiden. Gegebenenfalls müsse man sich aber mit den Möglichkeiten arrangieren.

Frau Krohne fragt nach der Eignung des Dewers-Geländes. Herr Nowack verweist dazu auf die im Bebauungsplan ausgewiesene Wohnbebauung.

Anhand einer Bilderschau zeigt Herr Nowack die örtlichen Gegebenheiten in der Ermlandstraße. Er erläutert die momentane Situation des Tennisclubs, der aufgrund finanzieller Schwierigkeiten durch sinkende Mitgliederzahlen eine Hypothek kurzfristig nicht mehr bedienen kann und möglicherweise Insolvenz anmelden wird.

Kreditgeber sei die Bremer Aufbaubank, das Sportamt habe eine Bürgschaft für die Hypothek gegeben.

Eine Insolvenz ziehe eine brachliegende Tennisanlage, einen ruinierten Tennisverein und eine Rückzahlung der Hypothek durch das Sportamt aufgrund der Bürgschaft nach sich.

Eine Lösungsmöglichkeit wäre ein Verkauf der Fläche, wobei 75 % des Erlöses an das Sportamt ginge, das damit die Bürgschaft bedienen könne. Da Verkaufserlöse eigentlich für die Sanierung von Sportanlagen gedacht seien, bedarf es dazu allerdings einer Sondergenehmigung der Senatorin für Finanzen. Sollte diese jedoch gegeben werden und die Recycling GmbH das Grundstück kaufen, könne der Tennisclub seine Halle behalten und neben dem jetzigen Parkplatz eine kleinere Anlage mit zwei Plätzen bauen. Mit dieser Lösung könnten alle Betroffenen zufriedengestellt werden, zudem wäre die Recycling-Station aus der Wohnbebauung raus.

Frau Kröger-Schurr findet es bewundernswert, dass der Tennisverein unterstützt werden soll, fragt sich jedoch, ob die benötigte Sondergenehmigung auch kommen werde. Sie sieht

das Gelände des Tennisvereins auch als problematische Ecke an, da dort an der Ermlandstraße mit der Zufahrt zur B74 ein schwieriger Punkt sei. Frau Kröger-Schurr würde eine Ansiedlung der Recycling-Station "Am Knick" begrüßen, da dort reines Industriegebiet sei.

Herr Katzke meint, es gebe viele Aspekte, die berücksichtigt werden müssten. Das Gelände des Tennisvereins an der Ermlandstraße habe Charme und biete auf den ersten Blick viele Vorteile. Es sei noch keine Flächenfestlegung getroffen worden, man müsse zudem andere Dinge wie z. B., bei einer Umwidmung die Zeitplanung bedenken. Auch sei eine vertragsneutrale Abwicklung bei einem Standorttausch nötig. Der Vertrag mit dem Betreiber habe eine Restlaufzeit bis 2018, bis dahin sei Planungssicherheit gegeben. Den Standort "Am Knick" hält Herr Katzke auch für durchaus geeignet.

Herr Nowack erklärt, die Eingabe zur Sondergenehmigung lege zurzeit beim Staatsrat zur Bearbeitung vor. Dort werde geprüft, ob die Umsetzung der Idee möglich sei.

Auch er hält den Standort "Am Knick" für durchaus geeignet, dafür liege ein Bauantrag vor, der genehmigt wurde.

Sollte seitens des Staatsrates eine Zustimmung für die Verkaufserlösverwendung des Tennisgeländes signalisiert werden, könnten dazu Verhandlungen in Angriff genommen werden. Gespräche zwischen dem Leiter der Recycling-Station und dem Vorstand des Tennisvereins seien sehr positiv verlaufen.

Frau Stitz weist darauf hin, dass die Schüler der Schulzentren Eggestedter Straße und Lehmhorster Straße den Tennisverein stark frequentierten. Beide Schulen hätten ein Sportprofil, dem eine Insolvenz des Vereins nicht förderlich wäre.

TOP 7: Beschlussfassungen

a. Stellungnahme zum Flächennutzungsplan –

aus der Sitzung des Bauausschusses vom 26.08.2013

Herr Nowack erklärt, der Entwurf einer Stellungnahme wurde im KO besprochen und legt das Ergebnis vor. Die Änderungen werden kurz erläutert.

Frau Kröger-Schurr beantragt, dass über die aufgeführten Punkte einzeln abgestimmt wird. Zu Punkt 2 (Randbebauung Binnendüne) merkt sie an, dass sie sich mit Senatorin Linnert und Senator Lohse kurzgeschlossen habe und diese die Aussagen von Herrn Lecke-Lopatta im Bauausschuss als irreführend interpretiert hätten. Die Binnendüne solle nicht bebaut werden.

Über den Antrag zur Einzelabstimmung wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen

Über die aufgeführten Punkte wird wie folgt abgestimmt:

Der Blumenthaler Beirat stimmt den überwiegenden Änderungen im Flächennutzungsplanverfahren uneingeschränkt zu. Allerdings ergeben sich für folgende Hinweise, die der Beirat zu beachten wünscht:

Blumenthal:

Änderungsnummern 531-166, 531-178 und 531-179

Der Beirat begrüßt die Umwandlung des Uferbereiches zur Weser in einen Grünbereich zur Schaffung eines Zugangs an das Wasser für die Bevölkerung. Besonders begrüßt der Beirat, dass die Option der Nutzung der Kaje im Bedarfsfall erhalten bleiben soll. Der Verbindungsweg zum Wätjen's Park darf allerdings nicht entlang der Aue geplant werden, sondern soll an der rechten Seite der „V-Achse“ verlaufen.

Ergebnis der Abstimmung: 10 Ja-Stimmen

Lüssum-Bockhorn:

Änderungsnummer 533_160, 533_161, 533_162 und 533_163

Der Beirat begrüßt den „Verzicht auf im Außenbereich geplante Wohngebiete, bis auf eine an der vorhandenen Straße liegende Randbebauung“. Der Schutz des Naturraums „Binnendüne“ ist für den Beirat unabdingbar. Die Randbebauung der erschlossenen Straße „An der Landesgrenze“ spricht dem nicht entgegen und wird vom Beirat unterstützt.

Frau Kröger-Schurr erklärt dazu, sie habe ihre Position dargestellt.

Frau Krohne erklärt, die Fraktion der Linken stimme in dem Punkt auch nicht zu, sie halte eine Randbebauung für unnötig.

Ergebnis der Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Herr Nowack schlägt im Anschluss mit Hinweis auf die geplante Sitzung am 28. Oktober 2013 mit Senator Lohse, diesen im Vorfeld zu bitten, eine Stellungnahme zu dem Thema abzugeben. Herr Nowack stellt fest, dass die Entscheidungskompetenz im Bauressort liege.

Herr Schwarz erklärt, im Beirat gebe es eine Beschlusslage. Die endgültige Entscheidung erfolge in der Baudeputation.

Rekum:

Änderungsnummer : 535_767

Der Beirat lehnt eine Bebauung mit Windkraftanlagen ab und fordert auch aufgrund der bereits vorliegenden Erkenntnisse die Fortführung der bisherigen Nutzung als „flusssnahes Grünland an der Wesermarsch“

Ergebnis der Abstimmung: 10 Ja-Stimmen

Rönnebeck:

Änderungsnummer: 532_716

Der Beirat kann sich mit dem Verzicht als Gewerbefläche einverstanden erklären, wenn parallel die Umwandlung der bisherigen Sportfläche an der Ermlandstraße (Tennisclub Blumenthal) in Gewerbefläche ermöglicht wird.

Frau Krohne findet die genannten Bedingungen nicht gut und hält sie für übertrieben.

Frau Kröger-Schurr meint, man sei zu fixiert auf den Tennisclub, wobei noch nichts Festes entschieden sei. Sie deutet die Bedingungen als "Erpressungssachen, auf die sie keine Lust habe".

Frau Stitz fragt, ob sie richtig verstanden habe, dass es den Beschluss doch nur gebe, wenn die Sache mit dem Tennisverein klappe. Es gebe also eine "Wenn – Dann" – Ansicht. Daran sei nichts fixiert und sie könne nichts Erpresserisches daran finden.

Herr Nowack meint, wenn keine Perspektiven für die Umwandlung der Flächen geschaffen würden, bedeute dies das Aus für den Tennisverein. Man müsse aber auch positive Aspekte für den Stadtteil schaffen und das Tennisangebot möglichst erhalten.

Herr Schwarz stellt fest, dass die Entscheidung über das weitere Vorgehen beim Staatsrat liege. Er plädiert für eine schnelle Entscheidung, auch um Schaden für den Steuerzahler abzuwenden.

Ergebnis der Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

10. TOP 8: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. SPD – Anfrage Durchfahrtsverbot
- b. Herr Klingenberg – Antrag zur Ampelanlage Schwaneweder Str. / Pürschweg
- c. Die Linke – Antrag zur Weserpromenade
- d. Die Linke – Antrag zu Skulpturen im Zentrum
- e. CDU – Antrag zur Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes Blumenthal mit Änderungsantrag der SPD (aus Sitzung Bauausschuss)
- f. Die Linke – Anfrage zur geplanten Erhöhung der Grundwasserentnahmemengen durch die swb
- g. SPD – Tempolimit für Güterzüge auf der FVE
- h. CDU – Antrag Stilllegung Tanklager
- i. SPD und CDU – Dringlichkeitsantrag zur Trinkwassergewinnung
- j. Bündnis 90 / Die Grünen – Änderungsantrag zum CDU-Antrag "Stilllegung Tanklager Farge"
- k. SPD – Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag der Grünen zum CDU-Antrag "Stilllegung Tanklager"

a. SPD – Anfrage Durchfahrtsverbot

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 6 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen angenommen.

b. Herr Klingenberg – Antrag zur Ampelanlage Schwaneweder Str./ Pürschweg

Herr Klingenberg macht dazu noch den Vorschlag, ein Geschwindigkeitsmessgerät aufzustellen.

Herr Schwarz hält dies für sinnvoll.

Mit 10 Ja-Stimmen wird der Antrag angenommen.

Herr Kröger wird die Bitte an den Verkehrssachbearbeiter des Reviers weiterleiten.

c. Die Linke – Antrag zur Weserpromenade

Herr Schwarz freut sich, dass der CDU-Antrag von vor zwei Monaten hier wieder aufgenommen wurde. Er fragt jedoch, ob dieser Antrag noch notwendig sei, da an der Weserpromenade vor kurzem der Bewuchs beschnitten wurde.

Herr Geis meint, 2/3 des Antrags seien erledigt. Er und einige Bürger wären direkt mit dem Umweltbetrieb Bremen und dem Wasser- und Schifffahrtsamt, ohne den Umweg über das Ortsamt, in Verbindung getreten. Dort sei man sofort bereit gewesen, die Arbeiten zu erledigen. Der Fußweg sei allerdings nicht überall gut begehbar, die Huckel würden jedoch von vielen Anwohnern als gut empfunden, da Radfahrer zur Langsamkeit gezwungen seien. Ein Anruf beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) habe zudem ergeben, dass die Weserpromenade Überschwemmungsgebiet sei. Der Asphaltbelag müsste geschliffen werden, wovon man Abstand nehmen würde. Der Antrag sei von daher überflüssig.

Frau Krohne findet es schön, dass schon etwas gemacht wurde. Es gehe aber auch um alte Leute mit Rollatoren, die dort Schwierigkeiten hätten.

Herr Schwarz meint, mit einem Änderungsantrag solle das ASV zur Begehung aufgefordert werden und den Handlungsbedarf überprüfen.

Herr Geis erklärt, Polizisten aus dem Polizeirevier Blumenthal würden dort fast täglich vorbei fahren, bisher habe es in dem Bereich keine Beanstandungen gegeben.

Herr Schwarz hält aus Gründen der Verkehrssicherheit an dem Änderungsantrag fest.

Frau Kröger-Schurr meint, diese Stolperfallen würden dem Beirat schon die ganze Legislaturperiode hinterher hinken. Warum solle man deshalb nicht den Antrag von Herrn Schwarz durchwinken?

Herr Nowack konstatiert, dass der Antrag der Linken in seiner ursprünglichen Form also abgelehnt und durch einen Spontanantrag der CDU ersetzt werde. Da dem zugestimmt wird, formuliert Herr Nowack folgenden Antrag:

"Der Beirat fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, die Asphaltverwerfungen (..an der Weserpromenade..) auf eventuelle Gefahrenstellen zu überprüfen."

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

d. Die Linke – Antrag zu Skulpturen im Zentrum

Frau Krohne macht deutlich, sie habe inzwischen erfahren, dass viele weitere Skulpturen im Stadtteil verschmiert seien. Alle würden quaken, dass Blumenthal so hässlich sei, aber die wenigsten würden sich um etwas kümmern.

Frau Kröger-Schurr schlägt vor, nicht abgerufene Beiratsmittel für die Reinigung der Skulpturen zu verwenden.

Herr Schwarz meint, der Antrag sei nicht ausgereift. Es müsse erst einmal die Zuständigkeit geklärt werden und dazu der Senator für Kultur angesprochen werden. Er stellt fest, dass im Stadtgebiet für die Reinigung von Skulpturen auch viel Geld ausgegeben werde, da wahrscheinlich spezielle Reinigungsmittel nötig seien.

Herr Schupp erklärt, die SPD-Fraktion schließe sich der Meinung von Herrn Schwarz an. Die Skulpturen habe der Stadtteil einmal als Geschenk bekommen, inzwischen seien sie aber wahrscheinlich in den Besitz der Kulturbehörde übergegangen.

Frau Krohne meint, im Antrag würde stehen, dass das Ortsamt sich kümmern solle, also solle es auch die Zuständigkeiten klären.

Herr Nowack bittet darum, den Antrag dann entsprechend mit dem Zusatz, die Zuständigkeiten zu klären, zu ergänzen und dem Vorschlag von Herrn Schwarz damit zu folgen.

Herr Thormeier macht den Vorschlag, die Reinigung der Skulpturen durch die Beiratsmitglieder vorzunehmen. Dies sei doch ein positiver Aspekt. Man könne sich bei der Kulturbehörde erkundigen, ob man das darf und wie das geht.

Im Sinne dessen, was Herr Schwarz dazu beigetragen hat, wird der Antrag einstimmig angenommen.

e. CDU – Antrag zur Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes Blumenthal mit Änderungsantrag der SPD (aus Sitzung Bauausschuss)

Herr Schwarz erklärt, die CDU stimme dem Änderungsantrag der SPD zu und bittet, darüber abzustimmen.

Frau Kröger-Schurr erklärt, im KO wurde gesagt, dass über den Antrag erst abgestimmt werden solle, wenn der Auftraggeber des Gutachtens bekannt sei.

Herr Nowack sagt, der Auftraggeber sei wichtig. Das Gutachten wäre nicht im Auftrag von SUBV erteilt worden, dort kenne man den Inhalt auch nicht.
Frau Krohne stimmt Frau Kröger-Schurr zu und bittet, den Antrag zurückzustellen.

Dem wird nicht gefolgt.
Über den Änderungsantrag der SPD wird abgestimmt.
Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

f. Die Linke – Anfrage zur geplanten Erhöhung der Grundwasserentnahmemengen durch die swb

Ohne weitere Aussprache wird die Anfrage mit 5 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen angenommen.

g. SPD – Tempolimit für Güterzüge auf der FVE

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

h. CDU – Antrag Stilllegung Tanklager

j. Bündnis 90 / Die Grünen – Änderungsantrag zum CDU-Antrag "Stilllegung Tanklager Farge"

k. SPD – Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag der Grünen zum CDU-Antrag "Stilllegung Tanklager"

Frau Kröger-Schurr beantragt, über den Änderungsantrag der Grünen separat abzustimmen, da ihr der letzte Punkt sehr wichtig sei.

Herr Thormeier beantragt, dass sich die Fraktionsspitzen mit der Bürgerinitiative zusammensetzen, um einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und zu stellen und die Anträge h, j und k damit zu vertagen.

Herr Schupp meint, die Anträge könnten wie vorliegend abgestimmt werden, gerne auch einzeln, der letzte Satz im Änderungsantrag der Grünen werde von der SPD-Fraktion auf keinen Fall mitgetragen.

Frau Kröger-Schurr meint, der Ergänzungsantrag der SPD enthalte so viele neue Punkte, dass letztlich die Korrespondenz nicht stimme.

Frau Krohne plädiert ebenfalls für eine Vertagung, anderenfalls könne der letzte Satz des Änderungsantrags der Grünen als eigener Antrag formuliert werden.

Herr Christahl wünscht die Abstimmung über den Antrag von Herrn Thormeier.

Herr Nowack erläutert, der Antrag von Herrn Thormeier sei die weitest gehende Entscheidung, daher müsse zunächst über diesen abgestimmt werden. Die Aussage von Herrn Schupp versteht er so, dass eine Vermengung der Themen "Trinkwasser" und "BWK-Gelände" nicht tragbar sei. Der Antrag von Herrn Thormeier sei sinnvoll.

Bei der folgenden Abstimmung wird der Antrag auf Vertagung und Neu-Formulierung einstimmig angenommen.

Frau Pörtner als Sprecherin der Bürgerinitiative bittet darum, schnellstmöglich einen Termin abzusprechen.

i. SPD und CDU – Dringlichkeitsantrag zur Trinkwassergewinnung

Der Dringlichkeit wird mit 8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob der Antrag nicht eher eine Anfrage sei, da so viele Fragen enthalten seien.

Herr Nowack erklärt, der Unterschied zwischen Anfragen und Anträgen bestehe aus der Formulierung im Ortsgesetz, wonach bestimmte Quoren verlangt werden.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen angenommen.

TOP 9. Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine und Informationen bekannt:

22.09.2013	Bundestagswahl
23.09.2013	ab 18:30 Uhr: Eröffnung der Demenzwoche in der Kirche Farge
26.09.2013	18.30 Uhr: öffentliche Sitzung des Regionalausschusses Bremen-Nord mit dem Schwerpunktthema Verkehrsentwicklungsplan 2025
27.09.2013	ab 13.00 Uhr: Tag der offenen Tür beim CreaTeam in der Lüssumer Heide 7
28.09.2013	ab 11.00 Uhr „Rock die Burg“ – der etwas andere Frühschoppen auf der Burg Blomendal zugunsten des Fördervereins Bürgerstiftung Blumenthal
05./06.10.2013	43. internationales Schwimmfest der Blumenthaler TV im Fritz-Piaskowski-Kombibad
14.10.2013	19.00 Uhr: öffentliche Sitzung des Beirats Blumenthal im SZ Eggestedter Straße

Der Ort für die Sitzung des Regionalausschusses steht noch nicht fest.

Die Finanzierung für die Errichtung eines Bolzplatzes auf der Bahrsplate ist gesichert.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.00 Uhr.

Ortsamtsleiter

Beirat (Herr Geis)

Protokoll